



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. September 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

B 114 Universität Luzern: Gründung von zwei neuen Fakultäten; Entwurf Änderung des Universitätsgesetzes / Bildungs- und Kulturdepartement

1. Beratung

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht
Kommissionspräsidentin Rahel Estermann.

Rahel Estermann: Es freut mich, heute mit Ihnen die Botschaft B 114 zu beraten. Die vorliegende Änderung des Universitätsgesetzes konkretisiert nun das, was wir in diesem Rat bereits vor wenigen Monaten im Rahmen eines Planungsberichtes diskutiert haben: die weitere Entwicklung unserer Hochschulen oder hier ganz konkret der Universität Luzern. Die EBKK wurde an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2022 über die Botschaft 114 informiert und hat sie am 25. August 2022 zum ersten Mal beraten. Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann und der Rektor der Universität, Bruno Staffelbach, stellten anlässlich der Information in der Kommission die weitere Entwicklung der Universität – konkret die zwei neuen Fakultäten – vor. Über den Sommer, und das haben Sie wohl gelesen, gab es viele offene Fragen zum beruflichen Weg, den Universitätsabgängerinnen und -abgänger mit einem Psychologiestudium einschlagen. Gerade auch im Kontext des Mangels an Psychotherapeutinnen und -therapeuten und der langen Wartezeiten für eine psychiatrische Behandlung haben die Fragen dazu für viele in unserer Kommission ein grosses Gewicht genossen. Deshalb war es uns wichtig, diese Fragen noch vor der 1. Beratung erneut zu diskutieren und zu klären. Wir haben deshalb direkt vor der Beratung eine weitere kurze Fragerunde eingeschoben und dafür auch den Rektor der Universität, Bruno Staffelbach, erneut begrüssen dürfen. So konnten wir über die Zahlen der Abgängerinnen und Abgänger nochmals diskutieren. Bevor wir uns hier aber in den Zahlendetails verlieren, geht es um die Fragen: Was will die Vorlage, und wie soll unser Universitätsgesetz revidiert werden? Zu den bestehenden vier Fakultäten der Universität – der Theologischen, der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen, der Juristischen und der Wirtschaftsfakultät – sollen zwei neue hinzukommen: das Departement für Gesundheitswissenschaften und Medizin, bisher eben ein Departement, soll zur Fakultät werden, und die Universität Luzern soll eine neue Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie aufbauen. Damit werden das bisherige Fächerangebot der Universität Luzern ergänzt und ihr humanwissenschaftliches Profil erweitert. Im Kanton Luzern sind die Fakultäten alle namentlich im Universitätsgesetz erwähnt, deshalb braucht es dazu eine Gesetzesänderung. Die Finanzierung dieser neuen Fakultäten soll privat erfolgen. Das heisst, dass private Geldgeber den Aufbau dieser Fakultäten mit Donationen tragen. Mit dem Aufbau fallen auch sogenannte Gemeinkosten an, das sind Kosten in bestehenden Abteilungen, beispielsweise mehr HR- oder IT-Ressourcen. Diese trägt der Kanton, und er erhöht dafür den Trägerschaftsbeitrag der

Universität um 0,7 Millionen Franken. Zu diesen beiden Kernpunkten der Vorlage haben wir in der Kommission Anträge beraten. Es lag ein Antrag vor, der gar keine neuen Fakultäten wollte, da diese nicht direkt den Fachkräftemangel in den Bereichen Medizin und Psychologie angehen. Dieser Antrag wurde aber mit 11 zu 2 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag wollte, dass nur die Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin aufgebaut wird, aber nicht diejenige für Verhaltenswissenschaften und Psychologie, denn die Abgängerinnen und Abgänger dieser Fakultät würden kein Bedürfnis auf dem Arbeitsmarkt stillen. Dieser Antrag wurde mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt. Eine klare Mehrheit der EBKK ist also der Meinung, dass die vorgeschlagene Weiterentwicklung der Universität Luzern so sinnvoll ist. Zwei neue Fakultäten runden die Universität Luzern ab und stärken sie insbesondere in den bestehenden Clustern Gesundheitswissenschaften und Medizin. Im Bereich Psychologie bietet die Universität Luzern Spezialisierungen an, die für Luzern Sinn machen und schweizweit einzigartig sind. Abgesehen von der rein arbeitsmarktlichen Betrachtung: Zwei neue Fakultäten sind eine wichtige Stärkung des Hochschulstandorts und damit auch des Bildungsstandorts Luzern. Eine starke Universität ist ein wichtiges Puzzleteil für einen starken Hochschulkanton Luzern. Wir in Luzern haben den Anspruch, dass wir ein fortschrittlicher Kanton sind, der prosperiert. Eine starke Universität ist eine Institution, die nicht nur wissbegierige junge Menschen, sondern auch Unternehmen und andere Organisationen anzieht. Wir wollen, dass Luzern kein Abwanderungskanton wird, wie es viele Kantone ohne starke Hochschulen geworden sind. Eine Minderheit der Kommission beantragt, dass diese Weiterentwicklung nur vom Kanton getragen werden soll und nicht durch private Geldgeber, weil dies Abhängigkeiten schaffe und die Finanzierung eine kantonale Aufgabe sei. Dieser Antrag wurde aber mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt. Neben diesen beiden Kernpunkten schlägt die Regierung vor, ein paar weitere kleinere Änderungen im Universitätsgesetz vorzunehmen. So soll die Eigenkapitalgrenze von 10 auf 20 Prozent des jährlichen Gesamtaufwandes erhöht werden. Diese Erhöhung ermöglicht es der Universität Luzern insbesondere, Schwankungen und Trends bei den Studierendenzahlen besser auszugleichen. Die EBKK begrüsst dies einstimmig, sie wünscht dies sogar auch für andere Luzerner Hochschulen. Schliesslich bedingen kleinere Änderungen in der Leitungs- und Verwaltungsorganisation der Universität Luzern Anpassungen im Gesetz. So geht es um die Organisation der Organe der Universität Luzern, beispielsweise um die Mittelbauorganisation, oder um den Titelschutz. Diese kleineren Änderungen sind in der ganzen EBKK gestützt worden. Die EBKK legt Ihnen also einen Vorschlag vor, welcher unverändert aus der Kommission hervorgegangen ist. Alle vorliegenden Anträge von verschiedenen Seiten wurden abgelehnt. Trotzdem hat die Kommission in der Schlussabstimmung der Änderung des Universitätsgesetzes mit 9 zu 4 Stimmen zugestimmt, um die Weiterentwicklung unserer Universität zu ermöglichen. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen und der Änderung des Universitätsgesetzes in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Karin Stadelmann.

Karin Stadelmann: Das Bildungsangebot auf dem Hochschulplatz Luzern, namentlich in der Universität Luzern, soll sich aus strategischen und inhaltlichen Gründen weiterentwickeln. Der Bildungs-, Wissenschafts- und auch Wirtschaftsraum Luzern soll wachsen und gestärkt werden. Die geplante Umwandlung des existierenden Departementes Gesundheitswissenschaft und Medizin in eine Fakultät ist strategisch nachvollziehbar. Das Departement umfasst aktuell bereits Lehre, Forschung und Weiterbildung im Bereich Gesundheit und Humanmedizin. Das sind auch Themen, die im Legislaturprogramm 2019–2023 des Kantons Luzern zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, zur Weiterentwicklung der Spitalregion und zu deren Stärkung verankert sind. Die Umwandlung des Departementes in eine Fakultät macht auch deshalb Sinn, weil sich damit die Wissenschaftsgebiete stärker vernetzen lassen und somit eine umfassende Abteilung vorhanden ist. In diesem Sinn unterstützt die Mitte diese Umwandlung und die damit verbundenen Änderungen einstimmig. Die geplante Gründung einer Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie gab bereits medial zu lesen. Die Perspektive

der Universität Luzern, damit ihr Profil abrunden zu können, und ihre Ausrichtung als Humanwissenschaftliche Fakultät sind transparent und geplant. Dennoch ergeben sich Diskussionen. Für die Mitte erfolgt der Ausbau nicht planlos, sondern mit einer Schwerpunktsetzung. Das möchten wir betonen. Die Schwerpunkte Rechtspsychologie, Kinderpsychologie sowie Gesundheit und Rehabilitation betonen unter anderem die Nähe zu anderen Fakultäten, aber auch zu Querschnittsthemen, und genau hierfür werden in Zukunft Fachpersonen gesucht. So verlangt beispielsweise die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) nach Psychologen, welche sich auch in Rechtswissenschaften auskennen. Im Alter wird eine Betreuung für Menschen benötigt, die nicht nur krank sind, sondern die auch psychosoziale Unterstützung brauchen. Zudem brauchen wir Wissen, wie wir in Zukunft Menschen psychisch und physisch bedarfsgerecht unterstützen können. Deshalb braucht es auch Forschung in diesen Bereichen. Die Fachpersonen, die in Zukunft ausgebildet werden sollen, sind Personen, die es in der Praxis und in der Forschung braucht. Zudem lassen sich in diesen Feldern Synergien zum Luzerner Kantonsspital (LUKS), zum Schweizer Paraplegiker-Zentrum und auch zur Hochschule Luzern nutzen. Hierzu durften wir uns in der vergangenen Woche einen medialen Schlagabtausch zwischen der Hochschule Luzern (HSLU) und der Universität zu Gemüte führen. Die Gemüter sind etwas erhitzt, und der Mitte ist schon länger bekannt, dass die Kooperation zwischen diesen beiden Institutionen – sagen wir einmal – etwas Luft nach oben hat. Wie bereits beim Bericht über die tertiäre Bildung weisen wir erneut darauf hin, dass wir erwarten, dass in Zukunft zwischen diesen Institutionen Synergien genutzt werden und es keine Konkurrenzprodukte gibt, sondern auf dem Hochschulplatz Luzern sinnvoll zusammengearbeitet wird. Wir erwarten deshalb, dass die Universität Luzern und die HSLU inhaltliche Abstimmungen, die sie bisher nicht vorgenommen haben, nachholen und auch laufend und zukünftig gemeinsam vornehmen, um die Hochschullandschaft weiterzuentwickeln. Wenn wir weiterhin davon ausgehen müssen, dass diese Zusammenarbeit nicht realisiert wird, behalten wir uns vor, erneut einen Vorstoss einzureichen. Mit dem Ausbau der zwei Fakultäten – und das möchten wir betonen – sind wir der Meinung, dass der Ausbau der Universität Luzern abgeschlossen ist. Die Universität Luzern erhält nun auch die Möglichkeit, am internationalen Ranking teilzunehmen, und sitzt somit nicht mehr nur auf der Tribüne, sondern kann aktiv mitspielen. Was die Finanzierung angeht: Die Mitte-Fraktion begrüsst es, dass der Aufbau der neuen Fakultät insbesondere auch mit Geldern aus privaten Mitteln finanziert wird. Wissenschaftliche Integrität und Forschungsfreiheit lassen sich heute vertraglich regeln, und wir gehen davon aus, dass sich die Universität Luzern diese Freiheit bei den Donatoren auch zugesichert hat. Dennoch: Studierendenzahlen können sich ändern, und auch der Betrieb einer Fakultät kostet. Die Mitte wird deshalb in den nächsten Budgetdebatten und bei den Jahresrechnungen der Universität Luzern genau hinschauen und sich vorbehalten, bei den Finanzierungsstrategien und den Finanzen nachzuhaken. Mit der geplanten Erhöhung der Eigenkapitalquote von 10 auf 20 Prozent sind wir einverstanden. Wir gehen davon aus, dass diese Änderung nach erfolgtem Inkrafttreten von § 28a des Universitätsgesetzes – wie von der Regierung versprochen – auch für die anderen Hochschulen definitiv eingeführt wird. Die weiteren Änderungen und Präzisierungen bei der internen Organisation sind für uns nachvollziehbar. Aus den erwähnten Gründen hat die Mitte keine Änderungen auf Gesetzesstufe eingereicht und erkennt auch keinen weiteren Handlungsbedarf. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion tritt auf die Botschaft ein und wird sie klar ablehnen. Lassen Sie uns im Detail begründen, wieso wir die Schaffung zweier neuer Fakultäten kritisch sehen. Prinzipiell sieht die SVP dringenden Handlungsbedarf im Bereich der medizinischen Ausbildung von Ärzten. Die hier vorgeschlagene Ausrichtung einer Fakultät für «Gesundheitswissenschaften und Medizin» kann diesem grundlegenden Bedürfnis aber in keiner Art und Weise Rechnung tragen. Für die SVP ist es aber klar, dass die Schaffung einer medizinischen Fakultät nur dann Sinn macht, wenn auch ein kompletter medizinischer Studiengang angeboten wird, der auch zu einer Erhöhung der Zahl von ausgebildeten Ärzten

führt. Obwohl wir seit Jahren einen gravierenden Ärztemangel haben, werden wir mit der neuen Fakultät keinen einzigen Arzt zusätzlich ausbilden. Die Universität Luzern und die Regierung haben in der Diskussion um die Fakultät für Medizin immer wieder argumentiert, dass die Gesundheitswissenschaftler in der Wirtschaft sehr gesucht seien, um dort die fehlenden Ärzte zu ersetzen. Aber können Gesundheitswissenschaftler mit ihrem medizinischen Halbwissen wirklich Wirtschaftsbetriebe, Spitäler oder Kantonsverwaltungen in ihren Entscheiden zielführend beraten? Aus unserer Sicht ist die Ausgangslage klar, und hier müssen wir Prioritäten setzen; nur wenn es gelingt, die Zahl der Medizinstudenten und somit der angehenden Ärzte zu erhöhen, wird es gelingen, die Sicherheit der eigentlichen medizinischen Versorgung im Kanton Luzern zu gewährleisten. Auch in der Beurteilung der Frage, ob eine neue Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie sinnvoll und notwendig ist, kommt die SVP zu einem wesentlich anderen Schluss als die Universitätsleitung und die Regierung. Ein Blick in den klinischen Alltag zeigt eines klar: Es fehlt an klinisch ausgebildeten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und ergänzend dazu natürlich an entsprechenden Psychiaterinnen und Psychiatern. Die Schaffung einer Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie in der angedachten Ausrichtung wird dabei wenig zur Behebung des Mangels an psychotherapeutischen Fachkräften beitragen. Es scheint uns deshalb, dass hier die Strategie am Reissbrett entwickelt wurde, anstatt dass man den Ursachen des Fachkräftemangels auf den Grund geht. Ziemlich Verwirrung haben die Diskussionen um die Erwerbstätigkeit und Berufschancen der angehenden Psychologinnen und Psychologen ausgelöst. Ein Blick in die Bundesstatistik zeigt eines klar: Ein Grossteil der Absolvierenden eines Psychologiestudiums wird gar nicht im Gesundheitswesen arbeiten, denn um beispielsweise in einer Klinik oder in einer Praxis als Psychotherapeutin oder Psychotherapeut zu arbeiten, braucht es ein Grundstudium in Psychologie und anschliessend eine eidgenössisch anerkannte klinische Weiterbildung in Psychotherapie. Diese dauert in der Regel nochmals vier oder mehr zusätzliche Jahre und wird von vielen Studierenden gar nicht angestrebt. Hier sieht man das grundlegende Problem der angedachten klinischen Ausrichtung der neuen Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie. Die eidgenössische Weiterbildung zur Psychotherapeutin erfordert einige Jahre rein klinische Weiterbildung, die die Universität selber nicht anbieten kann. Die Schaffung einer Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie wird deshalb nicht dazu führen, dass mehr Studierende bereit sind, eine solche insgesamt rund acht Jahre dauernde Ausbildung auf sich zu nehmen. Es wirkt schon etwas blauäugig, dass man den Bürgerinnen und Bürgern verspricht, mit den neuen Fakultäten den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Die Zahl der Personen, die ein Hochschulstudium absolvieren möchten oder können, ist nicht unendlich. Der Mechanismus ist ganz einfach: Wenn mehr Studierende Psychologie als Studium wählen, dann werden sie in anderen Studienrichtungen fehlen. Die Zahlen aus dem aktuellen Jahresbericht der Universität Luzern zeigen diese Tendenz klar. In den alten Fakultäten – Theologie, Rechtswissenschaften, Kultur- und Sozialwissenschaften – fallen die Studierendenzahlen. Diese können nur durch die neuen Studienrichtungen in Gesundheits- und Wirtschaftswissenschaften kompensiert werden. Die Grundhaltung der SVP ist nach wie vor, dass ein qualitatives Wachstum vor einem quantitativen stehen sollte, damit auch die zukünftige Finanzierung gewährleistet werden kann. Die Universität ist schon jetzt mit einem jährlichen Wachstum der Gesamtkosten von über 5 Prozent konfrontiert. Spätestens jetzt sollte sich das finanzpolitische Gewissen melden, das uns daran erinnert, dass wir diesem Kostenwachstum mit der Luzerner Wirtschaftsleistung zukünftig nicht begegnen können. In den bisherigen Abstimmungen zur Universität Luzern hatte man dem Volk stets versprochen, man wolle eine kleine, aber feine Universität. Nun steht innerhalb weniger Jahre schon wieder eine Erweiterung an. Wir stellen fest, dass es im Kanton Luzern in den vergangenen Jahren zunehmend zu einer Akademisierung der finanziellen Bildungsressourcen zulasten der Berufsbildung gekommen ist. Wer etwas politisches Fingerspitzengefühl hat, wird mit Sicherheit bemerkt haben, dass unsere Gesellschaft von der Politik erwartet, der fortschreitenden Akademisierung Gegensteuer zu geben. Wenn nun auch der Ausbau einer

humanistischen Universität bei der HSLU kritische Stimmen weckt, dann sollten wir Politikerinnen und Politiker hellhörig werden. Kritisiert wurde vor allem die Konkurrenzsituation um die finanziellen Ressourcen für die Fort- und Weiterbildung, aber auch für die Forschung. Es war auch von fehlender Kommunikation die Rede. Interessant wäre darum zu wissen, wie die anderen Zentralschweizer Kantone des Konkordats der HSLU die Situation beurteilen. Vielleicht kann der Bildungs- und Kulturdirektor im Rahmen der 2. Beratung in der EBKK eine kurze Information dazu geben. Es gibt auch Teile der vorliegenden Botschaft, die wir klar begrüßen. So unterstützt die SVP den Vorschlag der Regierung, die Eigenkapitalgrenze von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen. Diese Finanzreserve wird es der Universität ermöglichen, bei Kürzungen seitens des Kantons entsprechende Defizite selber decken zu können. Die SVP ist auch mit den Änderungen der internen Organisation einverstanden. Aus unserer Sicht machen die Anpassungen der internen Organisation Sinn, und die notwendigen Präzisierungen schaffen Klarheit und sind stimmig zum übergeordneten Recht. Die SVP-Fraktion tritt auf die Botschaft ein. Sollte an der Schaffung zweier neuer Fakultäten festgehalten werden, werden wir die Botschaft als Ganzes ablehnen. Den Antrag von Gisela Widmer lehnen wir klar ab.

Für die FDP-Fraktion spricht Gaudenz Zemp.

Gaudenz Zemp: Die FDP steht ein für Freiheit, Innovation und Gemeinsinn. Auf der Basis dieser Werte beurteilen wir die Weiterentwicklung der Universität Luzern. Wir wollten der Universität grösstmögliche Freiheit gewähren, erwarten aber gleichzeitig innovative Konzepte, die sich zukunftsgerichtet auf die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt ausrichten und im Sinn von Gemeinsinn auch auf die anderen auf dem Platz Rücksicht nehmen und niemandem schaden. Gleichzeitig sind wir der festen Überzeugung, dass der tertiäre Bereich in Zukunft wächst. Im Kanton Luzern sind wir diesbezüglich gut aufgestellt mit unserer dynamischen höheren Berufsbildung, mit der starken HSLU und der guten Universität Luzern. Jetzt geht es um eine Weiterentwicklung. Darum haben wir in den Planungsbericht über die tertiäre Bildung grosse Hoffnung gesetzt, dieser wäre für uns die Basis zur Beurteilung gewesen, wo die Prioritäten gesetzt werden sollen und was wir begrüßen oder als kritisch sehen. Leider war dieser Planungsbericht sehr dürrig und wurde vom Kantonsrat ablehnend zur Kenntnis genommen. Bevor unser Rat diesen Planungsbericht behandelt hat, kam die Vernehmlassung dieser beiden Fakultäten ins politische Geschehen. Dieses Vorgehen fanden wir nicht sinnvoll, wir hätten zuerst den Planungsbericht behandeln wollen, um dann die Vernehmlassung durchzuführen. Deshalb haben wir uns – ich denke aus guten Gründen – bei der Vernehmlassung der Stimme enthalten. Für die FDP-Fraktion ist es klar, dass die Universität Luzern stark sein, sich aber auch ganz gezielt auf die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt sowie auf die Wirtschaft ausrichten soll. Bei allen humanistischen Idealen einer Universität ist das sehr wichtig. Warum sage ich das? Ein Blick nach Deutschland zeigt, was passiert, wenn man das nicht tut. In Deutschland hat man es in den letzten 20 Jahren verpasst, dass sich die Universitäten und der Arbeitsmarkt irgendwo treffen. So gibt es dort die sogenannte «Generation Praktikum», das sind Universitätsabgängerinnen und -abgänger, die keine eigentliche Berufsbefähigung haben. Die Arbeitgeber, also die Arbeitgeber, müssen diesen Personen während zwei bis drei Jahren einen Praktikumsplatz anbieten, sind aber nicht bereit, dafür einen Lohn zu bezahlen. Das heisst die Studierenden holen im Prinzip während dreier Jahre für 800 Euro das nach, was an der Universität verpasst wurde. Wir waren froh, als die Regierung signalisiert hat, dass sie mit den Fakultäten die im Gesundheitswesen stark gesuchten Fachkräfte ausbilden will. So stand es in der Medienmitteilung. Für die FDP ist der Fachkräftemangel das zentrale Thema der nächsten Jahre. Wie von allen Arbeitgebern bestätigt, herrscht ein sehr grosser Notstand. Während der Corona-Krise mussten wir Politik machen, weil die Fachkräfte auf den Intensivstationen der Spitäler gefehlt haben. Weil uns IT-Spezialisten fehlen, werden wir aus der heute verabschiedeten Digitalstrategie vieles nicht umsetzen können. Deshalb habe ich seitens der FDP-Fraktion die Bemerkung eingebracht, dass der Fachkräftemangel in der Strategie viel stärker zu gewichten sei. Die Regierung hat selber erklärt, dass sie mit diesen Fakultäten Fachkräfte ausbilden möchte. Wir haben anhand der Zahlen des Bundesamtes

für Statistik einen Faktentest gemacht. Bernhard Steiner hat ebenfalls darauf hingewiesen. Wir haben dieses Geschäft Output-orientiert betrachtet und nicht Input-orientiert. Die Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin hat den Faktentest aus unserer Sicht mit «genügend» bestanden. Wir finden es gut, dass dort praktizierende Ärzte ausgebildet werden sollen. Uns stört jedoch das Missverhältnis, das heisst den 240 Medizinern stehen 280 theoretische Gesundheitswissenschaftler gegenüber. Wir hätten gerne ein anderes Verhältnis gehabt, können aber grundsätzlich davon ausgehen, dass die Regierung ihre Ziele erreichen wird und Fachkräfte die Fakultät verlassen werden. Bei der Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie hat sich ein ganz anderes Bild gezeigt: Die Zahlen, was den Arbeitsmarkt anbelangt, sind mitunter die schlechtesten aller Studienrichtungen an den Universitäten. 57 Prozent aller Psychologieabsolventinnen und -absolventen fühlen sich für den Arbeitsmarkt zu schlecht vorbereitet. Bei den Psychologen besteht kein akuter Mangel, sondern bei den Psychotherapeuten. Das ist aber ein komplett anderes Profil als Verhaltenswissenschaften. Wir haben das Gefühl, die Fakultät hätte sich in Richtung Psychotherapie statt Verhaltenswissenschaften bewegen sollen. Wir denken, dass die Regierung ihre eigenen Ziele nicht erreichen wird und haben deshalb in der EBKK drei Forderungen gestellt: Erstens soll das Profil mehr aufs Praktische ausgerichtet werden, also auf Personen, die praktisch arbeiten und keine geisteswissenschaftlichen Theoretiker sind. Zweitens soll der Übergang vom Masterstudium in die Arbeitswelt optimiert und somit der unzufriedene Teil von 57 Prozent gesenkt werden. Drittens soll es eine bessere Koordination mit der HSLU geben, damit es zu keinen Friktionen kommt. Wir haben zwar das Gefühl, dass die Universität Luzern sehr viel richtiggemacht hat, denken aber, es könnte noch Verbesserungen geben. Darum haben wir diese drei Forderungen gestellt. Das ist keine Kritik an der Universität Luzern, sondern ein Hinweis im Interesse der Universität, die klein und fein sein will. Es geht also um die Qualität. Wir sind der Meinung, dass man dieses Geschäft für ein Jahr hätte sistieren können. Man hätte sich ein Jahr Zeit geben können, um diese drei Punkte nachzubessern. Wir sind nicht gegen die Fakultät, sondern finden, sie könnte noch besser sein. Dieser Antrag fand in der EBKK keine Mehrheit. Wir sind keine Freunde davon, abgelehnte Anträge nochmals in den Rat zu bringen, darum lassen wir es bleiben und akzeptieren den Entscheid der EBKK. Wir sehen auch keine Veranlassung, um grundsätzlich gegen die Fakultät zu sein, und stimmen deshalb in der Schlussabstimmung beiden Fakultäten zu. Wie es Karin Stadelmann gesagt hat, ist unsere Zustimmung auch mit der Forderung verbunden, dass die HSLU und die Universität zusammenarbeiten. Wir sind starke Freunde von Wettbewerben, aber nicht in diesem Bereich. Unser Wettbewerb soll mit den Anbietern aus Zürich, der Nordwestschweiz, Bern und Basel stattfinden, aber nicht auf dem eigenen Platz. Es ist sicher keine schlaue Strategie, diese beiden «kannibalisierend» aufeinander loszulassen. Den Anträgen zu einer Ablehnung folgen wir nicht. Zudem lehnen wir die Finanzierung durch den Kanton für den Aufbau ab. Der Erhöhung des Eigenkapitals von 10 auf 20 Prozent stimmen wir zu. Wir fordern aber auch, dass die Pädagogische Hochschule (PH) und die HSLU auch in den Genuss dieser zusätzlichen Flexibilität für das Management kommen. Den Änderungen bezüglich Organisation werden wir zustimmen. Die FDP ist immer der Meinung, dass es sich um ein operatives Geschäft handelt und man sich so organisieren können muss, damit man schlagkräftig ist. Das überlassen wir gerne den Institutionen selber. Wir werden die Weiterentwicklung der Universität Luzern sehr wohlwollend begleiten, aber auch nüchtern, zahlenbasiert und Output-orientiert. Die Universität hat sich mit der Schaffung von Fachkräften für das Gesundheitswesen sehr viel vorgenommen, wir werden sie an den entsprechenden Zahlen messen. Zudem besteht auch später noch die Möglichkeit, mit Vorstössen Einfluss zu nehmen.

Für die SP-Fraktion spricht Gisela Widmer Reichlin.

Gisela Widmer Reichlin: Der moderate Ausbau hin zu einer humanwissenschaftlichen Universität mit einer Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin und für Verhaltenswissenschaften und Psychologie überzeugt die SP. Das Upgrade des Departementes Gesundheitswissenschaften und Medizin zu einer Fakultät ist auch bei den meisten anderen Parteien unbestritten. Auch für die SP ist dies ein logischer Schritt, um die

Universität Luzern in der schweizerischen Hochschullandschaft zu verankern und mit einem eigenständigen Profil zu etablieren. Der Joint-Medical-Master, das Kooperationsprogramm zwischen den Universitäten Zürich und Luzern, ist ein Erfolgsmodell. Attraktiver wird der Masterabschluss mit der Unterzeichnung einer vollwertigen Luzerner Fakultät. Eine Gleichstellung mit der Zürcher Fakultät wird damit gewährleistet. Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, welcher nicht nur die Bereiche Hausarztmedizin, Psychiatrie und Psychotherapie beinhaltet, sondern breiter gesehen werden muss, ist dringlich zu beheben. Das fordert die SP schon seit Jahren. Die Nachfrage nach entsprechenden Studiengängen seitens Studierender und Arbeitsmarkt ist eindeutig gegeben. Personen mit einem Abschluss in Psychologie integrieren sich sehr gut in den Arbeitsmarkt: Eine Erwerbslosenquote von 0,3 Prozent fünf Jahre nach Studienabschluss ist extrem tief. Diese Studienabgänger sind im Arbeitsmarkt sehr flexibel und vielfältig einsetzbar, so beispielsweise im Gesundheitswesen, in schulpsychologischen und sozialen Diensten sowie in der Erziehungsberatung, in der Laufbahn- und Organisationsberatung, im Marketing, in der Verkehrspsychologie, in der Sozial- und Meinungsforschung, in der Unternehmens-, Innovations- und Personalberatung sowie in der Kinder- und Jugendpsychologie. Dieses sehr breite Einsatzspektrum ist sicher ein wichtiger Grund für die tiefe Erwerbslosenquote der universitären Masterabgänger in Psychologie. Die neu zu gründende Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie will ihre Forschungsschwerpunkte konkret in der Inklusions-, Unternehmens- und Resilienzforschung setzen. Studienvertiefungen sollen in den Bereichen Rehabilitations-/Gesundheits-, Kinder-/Jugend- und Rechtspsychologie angesetzt werden. Die SP ist überzeugt, dass mit diesen Studienprofilen und Forschungsschwerpunkten ein essenzieller Beitrag geleistet werden kann, um dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können. Mit dem Bachelor in Wirtschaftspsychologie an der HSLU wird jener Teil der Psychologie abgedeckt, welcher sich speziell mit dem Erleben und Verhalten von Menschen im wirtschaftlichen Kontext befasst. Zwei Vertiefungsrichtungen sind im Angebot der HSLU: eine Vertiefung in Arbeits- und Organisationspsychologie sowie eine Vertiefung in Konsumenten- und Marktpsychologie. Der Aus- und Weiterbildungsplatz Luzern ist zu klein, um Gefechte zwischen der HSLU und der Universität Luzern auszutragen. Medial ausgefochtene Kämpfe um Hoheitsgebiete schaden dem Renommee des Hochschulplatzes Luzern. Es darf nicht zu einem Kampf um Forschungsgelder und Weiterbildungen kommen. Eine Absprache und Abgrenzung der Themen ist zwingend nötig, in der Praxis scheinen diese leider noch nicht etabliert zu sein. Nun ist es Aufgabe der Politik, dies einzufordern. Unsere Steuergelder sollen effizient eingesetzt werden. Aufgabe des Bildungs- und Kulturdepartementes ist es, diesen Dialog zu steuern und dringlich einzufordern. Die SP-Fraktion wird diese Kooperation mit politischen Vorstössen einfordern, eine Anfrage dazu ist vorbereitet. Bei der Beratung des Planungsberichtes über die tertiäre Bildung wurden wiederholt mehr Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Hochschulen auf dem Platz Luzern gefordert. Gefragt sind synergetische Kooperationen zum übergeordneten Nutzen und zur Attraktivierung des Bildungsstandortes Luzern. Letztlich geht es um den Nutzen für Gesellschaft, Wirtschaft und Bevölkerung in der Zentralschweiz sowie um den effizienten und effektiven Einsatz öffentlicher Steuergelder. Der Fachkräftemangel in der Pflege und in Berufen der Gesundheitswissenschaften ist dringlich zu beheben. Die Zusammenarbeit der universitären Fakultäten mit den weiteren Institutionen der höheren Berufsbildung ist daher ebenfalls unabdingbar. Eine Stärkung des Hochschulplatzes – Ausbildung Tertiär A – soll mit einer gleichzeitigen Stärkung der Berufsschulbildung – Tertiär B – einhergehen. Mit der Ausbildung an der Xund in den Berufen wie Pflegefachfrau/-mann HF sowie mit dem Nachdiplomstudium in Anästhesie-, Intensiv- und Notfallpflege ergänzen sich die Ausbildungen und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Die SP unterstützt die Erhöhung der Eigenkapitalgrenze von 10 auf 20 Prozent. Dies verbessert die mittelfristige Planung und ermöglicht die Weiterentwicklung in Lehre und Forschung. Diese Erhöhung soll auch für die PH Luzern und die HSLU angestrebt werden. Die im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingestellten Mittel für die Grundfinanzierung begrüsst die SP. Der Aufbau und die Weiterentwicklung einer Fakultät sollten ebenfalls

gesichert sein und als staatliche Grundaufgabe gesehen werden. Die Kosten für die Aufbauphase, während der die Studierendenzahlen noch geringer sind, sollen vom Kanton getragen werden. Damit kann die Unabhängigkeit der Universität in Lehre und Forschung bereits im Aufbau gesichert werden. Darum spricht sich die SP auch in ihrem Antrag für eine staatliche Finanzierung aus und fordert damit eine entsprechende Änderung des Gesetzesentwurfes. Der Bildungsplatz Luzern soll sich langfristig etablieren können, und dies ohne finanzielle Abhängigkeit von privaten Donatoren. Mit ihrem Antrag fordert die SP eine staatliche Absicherung der Finanzierung der Fakultäten, insbesondere der Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie. Die SP tritt auf die Botschaft ein, sie unterstützt die Gründung der beiden Fakultäten inklusive der Neuorganisation und Erhöhung der Eigenkapitallimite.

Für die G/JG-Fraktion spricht Jonas Heeb.

Jonas Heeb: Den Grünen und Jungen Grünen war ein starker und attraktiver Bildungsstandort Luzern schon immer wichtig. So stehen wir auch hinter der Universität als Institution und sind stets offen gegenüber einer Stärkung und Weiterentwicklung. Mit einer starken Universität und einem breiten Bildungsangebot wird eben nicht nur der Zugang vergrössert, sondern ein wichtiger Pulsgeber gestärkt. Leider ist es ja auch dem Umstand der vergleichsweise schwachen Finanzierung der Universität Luzern durch den Kanton geschuldet, dass sie zum Wachstum angehalten ist. Nicht, dass Wachstum per se schlecht wäre, aber man muss aufpassen, wenn die Abhängigkeit vom Wachstum und von den Studierendenzahlen so stark ist. Für uns ist deshalb wichtig, und das haben wir auch stets so betont, dass eine Erweiterung in erster Linie für eine inhaltliche Weiterentwicklung und breitere Vermittlungskompetenz gemacht werden soll und nicht primär wegen des Wachstumszwangs und der finanziellen Attraktivität. Deshalb ist bei solchen Entwicklungen genau hinzuschauen. Das haben wir bei den neuen geplanten Fakultäten gemacht. Diese begrüßen wir, und wir tragen diese mit. Wir sehen den Bedarf in beiden Bereichen als ausgewiesen und auch das Potenzial, das Angebot der Universität attraktiv zu ergänzen, und dass sie sich auch in einem gesamtschweizerischen Kontext gut eingliedern kann. Auch aus strategischer Sicht der Universität Luzern selbst ist dieser Schritt sinnvoll. Die Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin hat sich in der bisherigen Form als Departement so weit bewährt. Die Umwandlung in eine Fakultät ist für uns schlüssig und deckt wichtige, bisher unzureichend behandelte Themenfelder ab. Weiter kann sie einen wichtigen Beitrag zum akuten Mangel an Fachpersonal im Gesundheitsbereich leisten. Es liegt eine aus unserer Sicht sinnvolle Schwerpunktsetzung vor, die sich im Raum Luzern gut anbietet und Kooperationen ermöglicht, auch mit anderen Bildungsinstitutionen. Vieles davon lässt sich auch über die Fakultät für Psychologie und Verhaltenswissenschaften sagen. Nicht nur wir hatten dort gewisse Fragezeichen gesetzt betreffend die Doppelspurigkeit beziehungsweise Konkurrenz mit anderen Angeboten an der Universität, beispielsweise im Bereich Soziologie oder an der HSLU. Wir erwarten, dass diesem Umstand besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, was uns bisher auch so zugesichert wurde. Das erweiterte Angebot soll eine Ergänzung sein und keine Überschneidung. Dass die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen Luft nach oben hat, ist nichts Neues. Deshalb wurde beim Planungsbericht über die tertiäre Bildung im Kanton Luzern mittels Bemerkung der Auftrag an die Luzerner Hochschulen erteilt, sich auszutauschen und genau bei solchen Aspekten zusammenzuarbeiten. Wir erwarten, dass dies entsprechend umgesetzt wird, insbesondere wenn es um die Vermeidung von Konkurrenzsituationen geht, denn das scheint ja in niemandes Interesse zu sein. Zugegeben, die Berichterstattung letzte Woche hat diese Angelegenheit nicht wirklich einfacher gemacht, gewissermassen stand Aussage gegen Aussage. Wir vertrauen hier aber auf den Dialog und die Koordinationsfähigkeit der Luzerner Bildungslandschaft, und wie gesagt erwarten wir das auch. Ebenfalls waren wir kritisch betreffend die Motivation der Psychologischen Fakultät. Aus Sicht des Kantons klingt es natürlich grandios, man erhält eine Fakultät, für die man nichts zahlen muss, weil sie drittmittelfinanziert sein soll, gleichzeitig muss man weniger IUV-Beiträge an andere Kantone zahlen, weil künftig auch in Luzern Psychologie studiert werden kann. Mittlerweile werden

immerhin die Gemeinkosten für diese Fakultät vom Kanton übernommen. Wir werten das als Teilerfolg, weil wir bei diesem Thema doch immer auf eine Finanzierung durch den Kanton gepocht haben; wir werden das auch weiterhin tun. Einen Kompromiss sehen wir darin nicht, aber immerhin ein Teilbekenntnis seitens des Regierungsrates. Da die Fakultät die Universität Luzern inhaltlich gut ergänzt und auch das übrige Psychologieangebot in der Schweiz ergänzt, begrüßen wir sie und stehen auch dahinter. Der kritische Teil ist für uns die Finanzierung. Wir kamen schon an mehreren Orten darauf zu sprechen, und ich betone es auch dieses Mal wieder: Die Finanzierung der Universität ist für uns eine zentrale Aufgabe des Kantons, erst recht, wenn es um derart gewichtige Entwicklungen geht. Wir sind nicht einverstanden mit der Finanzierung durch Drittmittel. Es wären mit dieser Gesetzesänderung schon die zweite und dritte Fakultät, bei denen dies so gehandhabt wird, und das ist ein Trend, den wir nicht gutheissen können, ist doch der Luzerner Hochschulplatz sowieso unterfinanziert. Wie gesagt wird bei der Psychologischen Fakultät immerhin die Grundfinanzierung übernommen. Ein echtes Bekenntnis des Regierungsrates zu seiner Universität sieht jedoch anders aus, zumal der Kanton enorm von seiner Universität profitiert, umso mehr, wenn sie wächst. Wir fordern deshalb ein weiteres Mal, dass der Aufbau und Betrieb dieser Fakultäten durch den Kanton übernommen werden. Leider haben wir aber auch festgestellt, dass die Universität gewisse Angriffe bürgerlicherseits erfahren muss. Eine grosse Mehrheit unserer Fraktion stört diese Angriffe noch mehr als die Drittmittelfinanzierung. Wir haben das beim Planungsbericht schon erlebt, immer wieder werden die Universität Luzern und ihre Lehrgänge angeprangert, weil sie nicht auf die Mechanismen des Marktes ausgerichtet seien, keine Fachkräfte am Laufband produzieren und sowieso der Inbegriff der Akademisierung sei. An dieser Stelle sei gesagt, dass die Universität Luzern mehr als eine faule Fachkräftelieferantin ist. Eine Universität zieht Unternehmen an, sie behält die Unternehmen hier, sie zieht Arbeitsplätze an, sie zieht Menschen an, sie bedeutet Leben an einem Ort, sie bereichert den Standort und auch die ganze Region, und eine Universität ist auf so vielen Ebenen bereichernder, als man dies mit ein paar statistischen Werten ausdrücken könnte – so wie das übrigens auch für jede Hochschule, jede Berufsschule, jede höhere Fachschule usw. gilt. Ein Grossteil unserer Fraktion beisst aber in den sauren Apfel der Drittmittelfinanzierung, weil ihm eine starke und gute Universität aus den genannten Gründen in diesem Moment und in diesem Kontext wichtiger ist. Ich stelle deshalb aber ganz deutlich klar, dass unsere grossmehrheitliche Zustimmung dennoch nur mit lautem Zähneknirschen erfolgt und uns diese Form nach wie vor überhaupt nicht passt. Sie ist auch überhaupt nicht als Zustimmung zu verstehen für die Art und Weise, wie mit der Universität Luzern umgegangen wird, sondern als Bekenntnis zu ihr. Wir wollen einen attraktiven, einen starken Hochschulplatz Luzern, wir stehen dahinter, dass sich dieser entsprechend weiterentwickeln kann und Luzern mit einer guten akademischen Bildungsstätte für die Region Zentralschweiz wie auch für die gesamte Schweiz dastehen kann. Deshalb springen wir über unseren Schatten, da wir diese Fakultäten nicht ablehnen wollen. Eine Minderheit unserer Fraktion wird die Gesetzesänderung ablehnen, sollte der Antrag auf Finanzierung durch den Kanton keine Mehrheit finden. Zu guter Letzt wir sind mit der Änderung der Eigenkapitallimite einverstanden. Es ist aber nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die finanzielle Situation und die daraus folgende Abhängigkeit der Studierendenzahlen alles andere als wünschenswert und entgegen unserer Vorstellung von einer durch den Kanton solide finanzierten Universität sind. Ohne diese Situation wäre auch diese Anpassung nicht nötig. Zudem unterstützen wir die Ausweitung dieser Regelung auf die anderen beiden Hochschulen, sind diese doch ebenfalls von struktureller Unterfinanzierung betroffen. Eine entsprechende Bemerkung wurde ja bereits beim Planungsbericht über die tertiäre Bildung überwiesen. Ebenso stimmen wir den übrigen Änderungen zu, die im Rahmen dieser Gesetzesänderung angepasst werden, da gibt es von unserer Seite keinen Diskussionsbedarf. Ich möchte mich bei den Mitarbeitenden der Universität Luzern bedanken, die ihre Visionen und Pläne auch ohne die volle Unterstützung des Kantons durchziehen wollen und sich mit grossem Engagement an die Realisierung dieser Pläne

machen. Wir sind gespannt und freuen uns auf die Fakultäten. Ebenfalls bedanken wir uns bei allen Beteiligten für die Vorbereitung dieser Gesetzesänderung. In diesem Sinn ist ein grosser Teil der G/JG-Fraktion für Eintreten und für die Änderung des Universitätsgesetzes.

Für die GLP-Fraktion spricht Angelina Spörri.

Angelina Spörri: Mit der Änderung des Universitätsgesetzes, welches am 1. Februar 2023 in Kraft treten soll, geben wir der Universität den Weg frei zur Gründung zweier neuer Fakultäten. Die Universität Luzern ist eine humanwissenschaftliche Universität und will dies bleiben und nun mit der Gründung der Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin und der Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie das Angebot ergänzen und abrunden. Bereits heute bietet das Departement für Gesundheitswissenschaften und Medizin einen Bachelor-, Master- und Doktoratsstudiengang in Gesundheitswissenschaften an und ein Masterstudium in Humanmedizin, dies gemeinsam mit der Universität Zürich. Die Nachfrage ist hoch, und die Studierendenzahlen sind wunschgemäss gestiegen. Auch im Bereich Gesundheitswissenschaften ist das Departement erfolgreich unterwegs und verzeichnet einen regen Zustrom. Das Departement möchte aufgrund seiner Grösse und seiner Bedeutung nun als Fakultät konstituiert werden, um dann in der ersten Hälfte 2023 die ersten Diplome als Fakultät ausstellen zu können. Die GLP-Fraktion unterstützt diese Pläne und sieht hier grosse Chancen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Studienabgänger im Kanton behalten zu können. Auch in einer Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie sieht die GLP eine Chance, fehlende Fachpersonen zu finden. Auch hier hat die Universität Luzern bereits Erfahrung und bietet schon heute verschiedene verhaltenswissenschaftliche Themen an. Dies sind Aktivitäten wie etwa Gesundheits-, Organisations-, Umwelt- und Religionsverhalten. Dazu kämen Themen zur Rehabilitations-, Gesundheits- und Rechtspsychologie. Verhaltenswissenschaften sind eine verbindende Klammer für alle anderen Fakultäten. Damit wird das bestehende Angebot abgerundet und ideal ergänzt. Durch die zusätzlichen Kombinationsmöglichkeiten wird das bestehende Angebot noch attraktiver. Im psychologischen Schwerpunkt strebt die Universität Themen an, welche einerseits in der Schweiz bisher nicht studiert werden konnten und andererseits die HSLU nicht konkurrenzieren. Rechtspsychologie kann man aktuell in der Schweiz nicht studieren, diese ist aber im Rahmen von Gerichtsverfahren, in der Kriminalpsychologie und bei Misshandlungsfällen relevant. Im Bereich der Kinderpsychologie gibt es aktuell lediglich eine Assistenzprofessur in Basel. Studienabgänger dieser neuen Fakultät verfügen über tiefgründige Kompetenzen und sind vielseitig einsetzbar. Kinderpsychologinnen und -psychologen werden gesucht für psychologische Beratungsstellen, für schulpсихologische Dienste oder für die KESB usw. Im Bereich Gesundheits- und Rehabilitationspsychologie sind es Gesundheitszentren, Rehakliniken, Krankenkassen und Versicherungen, welche entsprechende Fachkräfte suchen. Zusammenfassend sehen wir mit der Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie eine ideale Abrundung des Angebots für unsere humanwissenschaftliche Spartenuniversität und mit der Gründung der beiden neuen Fakultäten eine Chance für die Universität, sich auf eine gesunde und auch finanziell robustere Grösse zu bringen und sich so schweizweit zu etablieren. Schwankungen der Studierendenzahlen machen es Universitäten schwer, langfristig planen zu können, da ein grosser Finanzierungsbeitrag an die Studierendenzahlen geknüpft ist. Um diese Schwankungen besser ausgleichen zu können, soll die Eigenkapitalgrenze auf 20 Prozent erhöht werden. Dies und die Aussage, dass diese Erhöhung auch bei der HSLU und der PH vorgenommen wird, erachten wir als sinnvoll und unterstützenswert. Wir erwarten von der Universität Luzern und der HSLU eine gute Abstimmung aufeinander, eine symbiotische Zusammenarbeit und sehen diesbezüglich noch viel Potenzial. Es muss nachgebessert werden. Wir sind aber sicher, dass die Abmahnungen in den Eintretensvoten aller Parteien angekommen sind und der Auftrag klar ist. Die organisatorischen Anpassungen erachten wir als wichtig und zukunftsorientiert. Gefahren sehen wir in der privaten Finanzierung von Bildungsleistungen insbesondere bei der Grundlagenforschung. Wir gehen davon aus, dass der Einfluss der Geldgeber auf die Forschung nicht auszuschliessen ist, auch wenn dies als Selbstverständlichkeit gilt. Gerade

in Zeiten von Facebook- und Google-Skandalen, Firmen, welche insbesondere mit Wissen aus den Verhaltenswissenschaften missbraucht wurden, müssen wir genau hinschauen, von wem wir unsere Fakultäten finanzieren lassen. Diesbezüglich keine schriftliche konkrete Vereinbarung zu haben, ist aus unserer Sicht ein Fehler. Wir hätten uns diesbezüglich einen höheren Sicherheitsstandard gewünscht. Dass der Kanton die Kosten für den Aufbau der Fakultäten vollständig übernehmen soll, erachten wir nicht als nötig, denn die Privatwirtschaft hat und soll ja auch ein Interesse daran haben, ihren Beitrag zu leisten, um möglichst viele zukünftige Fachkräfte im Kanton Luzern hervorzubringen. Abschliessend ist die GLP der Meinung, dass die Gründung der beiden neuen Fakultäten den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Luzern stärken werden und ihren Teil zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Kanton Luzern beiträgt. Die Universität hat die Möglichkeit, ihr Nischenangebot zu optimieren und abzurunden, damit sie auf eine gesunde Grösse wachsen und sich in der Universitätslandschaft Schweiz hervorheben kann, wovon alle profitieren. Die GLP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung. Die im Rat eingegangenen Anträge werden wir alle ablehnen und uns anlässlich der Beratung nicht mehr dazu äussern.

Hasan Candan: Das Eintretensvotum der FDP-Fraktion hat mich bewegt, und ich habe mich deshalb nochmals damit auseinandergesetzt. Ich weiss nicht, woher das Bashing kommt, das die FDP gegen die Universität Luzern betreibt, deshalb habe ich die Aussagen von Gaudenz Zemp analysiert. Er zitiert immer diese Zahlen und erklärt, die Psychologiestudentinnen und -studenten seien nach dem Studium frustriert. Ich selber konnte nirgends lesen, dass diese Studierenden frustriert sind. Das ist die eigene Interpretation von Gaudenz Zemp. Weiter sagt er, nach dem Psychologiestudium sei es schwierig, eine Stelle zu finden, denn es handle sich bei 62 Prozent um Teilzeitstellen. Ich habe festgestellt, dass dieser Studiengang einen Frauenanteil von über 70 Prozent aufweist. Ich finde es sehr gut, wenn Frauen nach einem Studium die Möglichkeit haben, Teilzeit zu arbeiten, denn meistens sind sie es, die Kinder bekommen. In einem Objektblatt der Fachhochschule Wirtschaft heisst es: «Fast 50 Prozent arbeiten in einer Stelle, für die vom Arbeitgeber kein Hochschulabschluss vorausgesetzt wurde.» Jetzt stellt sich die Frage, ob wir diesen Studiengang absetzen müssten. Keineswegs. Sie können natürlich Rosinen herauspicken und das selber interpretieren, aber Sie müssen das grosse Ganze sehen, das tue ich auch. Ich persönlich komme zur Meinung, dass die Bildung dieser beiden neuen Fakultäten eine der grössten, wenn nicht die grösste Massnahme zur Wirtschafts- und Standortförderung dieses Kantons im letzten Jahrzehnt ist. Zurückblickend kann man nicht sagen, dass der Studiengang Wirtschaft falsch war, aber hätten wir einen Studiengang Psychologie angeboten, hätte der Kanton in diesen boomenden Gesundheitsmarkt eingreifen und die nötigen Fachkräfte zur Verfügung stellen können. Es braucht eine Förderung auf allen Stufen, und es ist falsch, das gegeneinander auszuspielen. Noch etwas zur Freiheit, Gaudenz Zemp hat dieses Wort mehrere Male erwähnt: Vielleicht kennen Sie Gerolamo Cardano, das war einer der letzten Universalgelehrten, Ihnen stehen wahrscheinlich bei diesem Wort die Haare zu Berg. Er hat sehr viel geleistet und vor 500 Jahren bahnbrechende Erkenntnisse der mathematischen Wahrscheinlichkeitsrechnung gemacht, auch für die Cardano-Welle; das ist ein Antriebssystem, das bei Autos und Motorrädern eingesetzt wurde. Die Blockchain wurde nach ihm benannt. Vor 500 Jahren kam er zu diesen Erkenntnissen, und erst heute kann man sie nutzen. Wenn wir ausgezeichnete wissenschaftliche Leistungen wollen, braucht es Freiheit. Ich finde es komisch, wenn die FDP, die Partei der Freiheit, den Menschen vorschreiben will, was sie studieren sollen, das ist nahe am Kommunismus. Bitte stimmen Sie der Vorlage zu.

Urs Marti: Halten wir doch den Ball flach. Als Vertreter des Gewerbes und als Unternehmer könnte man auf den ersten Blick folgende Frage aufwerfen: Wollen wir als Massnahme gegen den Fachkräftemangel an der Universität Berufe ausbilden, die grösste Mühe haben, in den Arbeitsmarkt zu kommen und damit auch noch die Hochschule im Bereich Forschung und Weiterbildung konkurrenzieren? Bemerkungen dazu gab es in den Voten mehrfach. Schaut man aber genau hin, ist ersichtlich, dass die Universität Luzern hauptsächlich in jenen Bereichen psychologische Ausbildungen fördert, in denen die

Fachkräfte fehlen, beispielsweise in der Kinderpsychologie oder im Altersbereich usw. Klar ist, dass sich die Bildungswege nicht bekämpfen sollen. Wirklich kritisch betrachte ich aber die Mitteilung der HSLU in der «Luzerner Zeitung» vom 7. September 2022, wonach bisher keinerlei Koordination zwischen der Universität Luzern und der HSLU stattgefunden hat. Die Universität Luzern kontert zwar, dieser Austausch habe durchaus stattgefunden, leider wohl nicht auf der richtigen Ebene – für mich ein Déjà-vu der letzten Diskussionen um die Einführung des Medizinmasters und bereits bei der Gründung der Universität Luzern. Das kann doch nicht wahr sein. Mein Tipp an die Universität Luzern und die HSLU: Bitte sprechen Sie sich endlich auf höchster Stufe aus. Es kann nicht sein, dass sich der Bildungsstandort Luzern gegenseitig konkurrenziert und torpediert. Ich werde dem neuen Gesetz zustimmen, weil mich die Tatsache zuversichtlich stimmt, dass eine Universität zuerst funktionell sein soll und dann wirtschaftlich und weil die Erweiterung bei genauem Hinsehen durchaus Sinn macht.

Gaudenz Zemp: Ich nehme zum Votum von Hasan Candan Stellung. Wir machen kein Universitäts-Bashing, sondern wir setzen uns für die Interessen der Studierenden ein. Wenn man sich mit 19 Jahren für ein Studium entscheiden muss, geht man davon aus, am Ende des Studiums reibungslos in den Arbeitsmarkt wechseln zu können und dass man eine Berufsbefähigung erhält, die von den Arbeitgebern gefragt ist. Wenn aber 57 Prozent des Masterlehrgangs Psychologie finden, sie seien schlecht auf den Arbeitsmarkt vorbereitet, müssen wir das sehr ernst nehmen. Wie ich bereits erklärt habe, hat man das in Deutschland verpasst und hat nun eine «Generation Praktikum». Diese Personen sind nicht zu beneiden. Wir setzen uns für die Studierenden ein, damit sie einen Abschluss erhalten, der im Arbeitsmarkt gefragt ist. Es ist uns bewusst, dass die Universität noch andere Funktionen hat. Zum Thema Frauen: Gemäss der Erhebung, wonach 62 Prozent der Frauen Teilzeit arbeiten, ist es nur bei 11 Prozent wegen der Familie. 36 Prozent gehen ihren persönlichen Interessen nach und arbeiten deswegen Teilzeit. Rund 40 Prozent finden keine Vollzeitstelle, obwohl sie eine möchten. Der Anteil von 11 Prozent ist keine Überraschung. Diese Erhebung wird bei 28-Jährigen gemacht. Die Akademikerinnen haben aber durchschnittlich mit 32 Jahren das erste Kind, mit 35 Jahren haben 50 Prozent der Akademikerinnen noch keine Kinder. Die Frage der Kinder kommt also erst sehr viel später und nicht direkt nach dem Studienabschluss mit 27 Jahren. In diesem Bereich ist der Bedarf nach Teilzeitstellen tatsächlich vorhanden, aber man findet keine. Das gilt es ernst zu nehmen.

Pia Engler: Ich nehme Stellung zu den Eintretensvoten von Bernhard Steiner und Gaudenz Zemp bezüglich Fachkräftemangel. Ich kann es nicht nachvollziehen, wir haben es heute mehrmals gehört. Wenn wir uns an den Planungsbericht über die Psychiatrie erinnern, den wir im Dezember 2021 beraten haben, wissen wir, dass eine Unterversorgung herrscht. Wir wissen, dass es auf dem Platz Luzern bei den Freischaffenden eine Unterversorgung gibt, vor allem beim Angebot für Kinder. Auch die psychologische Psychotherapie kann dort Abhilfe schaffen, nicht nur die Ärzte. Wir müssen in diesen Bereich investieren. Wenn wir ein Problem haben und die Psychologinnen erklären, sie seien schlecht vorbereitet, müssen wir uns fragen, welche Rahmenbedingungen sie benötigen. Wenn die psychologische Psychotherapie ein Ausbildungsgang ist, der so viel kostet, dass ihn sich nur wenige leisten können, müssen wir nochmals die Rahmenbedingungen hinterfragen. Bernhard Steiner hat eine dringliche Anfrage eingereicht, die er infolge Erfüllung zurückgezogen hat. Es ging ebenfalls um die psychologische Psychotherapie und um den Stundenansatz dieser Personen. Zurzeit ist eine Revision im Gange, wo der Stundenansatz tiefer ist. Wir schaffen uns in der ganzen Schweiz eine Problematik, die ich nicht verstehen kann. Wir müssen versuchen, die bestehende Unterversorgung zu bewältigen. Ein Schritt dazu ist, die Leute an der Universität auszubilden.

Urban Sager: Ich nehme ebenfalls zum Votum von Gaudenz Zemp und zur Haltung der FDP Stellung. Sich am Arbeitsmarkt orientieren, die Studierenden für den Arbeitsmarkt ausbilden – Gaudenz Zemp kommt mantramässig mit dem Beispiel der 57 Prozent, die Mühe hätten, eine Stelle zu finden. Wenn man diese Aussage isoliert hört, ist sie etwas irritierend. Wenn man das Ganze aber in Relation setzt und sieht, dass es 15 weitere

Studiengänge gibt, bei denen die Quote sogar höher liegt, dann relativiert das alles. Bei der Universität liegt der Durchschnitt der Personen, die Mühe haben, eine Stelle zu finden bei 37 Prozent, bei der Fachhochschule sind es sogar 40 Prozent. Dies bedeutet einzig, dass man nach Abschluss des Studiums einen Moment lang Mühe hat, das zu finden, was man wirklich machen möchte. Das hat auch damit zu tun, dass ein Studium theoretisch aufgebaut ist. So soll es auch sein, das ist die Idee hinter diesem System. Hingegen sinkt die Arbeitslosenquote bei den Psychologinnen und Psychologen fünf Jahre nach Studienende auf 0,3 Prozent. Das heisst also, dass diese Personen sehr wohl für den Arbeitsmarkt ausgebildet sind und auch gebraucht werden. Noch etwas zum Thema Teilzeit und den 40 Prozent, die gerne mehr arbeiten möchten. Das ist tatsächlich die «Generation Praktikum» und ein Problem. Das ist aber vor allem von arbeitsrechtlicher Natur, dieses Problem gibt es auch bei den KITAS. Wir sind sehr froh, wenn die FDP uns dabei hilft, das Problem zu beheben, damit die Personen, die nach dem Studium mehr arbeiten möchten, das auch tun können. Grundsätzlich sehen wir, dass sich die Universität Luzern mit den entsprechenden Angeboten in der Rechts-, Rehabilitations- sowie Kinder- und Jugendpsychologie auf etwas ausrichtet, das auf dem Arbeitsmarkt gesucht ist. Deshalb hat man diese Angebote auch ausgewählt. In einem Interview in der «Luzerner Zeitung» von diesem Wochenende sagte Stefan Wolter: Wenn wir sehen, dass die Akademikerinnen und Akademiker so gut eine Stelle finden, dann ist es klar, dass die Unternehmen sie brauchen. Umgekehrt wäre ja die Schlussfolgerung, dass die Unternehmen Personen zur Verfügung hätten, die weniger gut ausgebildet und deshalb günstiger zu haben wären, diese aber nicht einsetzen. Das widerspricht jeglicher ökonomischen Logik. Die Akademikerquote ist etwas, das die Wirtschaft braucht. Dass die Passgenauigkeit kurz nach dem Studium etwas Mühe macht, liegt in der Natur der Sache, aber es zeigt sich, dass sich die Situation nach fünf Jahren ändert und die entsprechende Leistung erbracht wird. Bitte stimmen Sie dem Ausbau der Universität Luzern zu.

Jonas Heeb: Den Vorwurf, dass zu wenig Personen in der klinischen Psychologie arbeiten und sie zu wenig darauf vorbereitet werden, haben wir mehrmals gehört. Wenn man in diesem Bereich arbeiten will, macht man nach dem Studium eine Therapeutenausbildung, die relativ lange dauert und viel kostet. Nicht alle Studierenden können sich diesen Studiengang leisten, auch wenn sie es gerne möchten. Damit man diese Therapeutinnenausbildung beginnen kann, braucht man in der Regel nebenbei eine Stelle. Für viele ist das ein Teufelskreis: Ohne Stelle kann die Therapeutenausbildung nicht begonnen werden, und ohne Therapeutenausbildung gibt es keine Stelle. In den Medien war das Thema ja sehr präsent. Dabei kam vor allem die Universität selber zu Wort, und es gab Kommunikés der Regierungsräte sowie zweier Kantonsräte. Das ist keine Kritik an diesen Personen, selbstverständlich sollen sie ihre Meinung in der Zeitung äussern. Aber wenn die Medien schon mithören: Es gibt auch Fachverbände von Psychologinnen und Psychologen, welche die Situation aus einer anderen Perspektive schildern könnten und nicht nur basierend auf Zahlen einer Arbeitsmarktstudie. Schliesslich handelt es sich um ein sehr komplexes Thema.

Christine Kaufmann-Wolf: Was will der Kanton? Der Kanton will eine kleine, feine Universität, die sich finanziell behaupten kann, die attraktiv ist und schweizweit gut dasteht. Was tut die Universität dafür? Sie will klein und fein sein, attraktiv, zeitgemäss und auch für den zukünftigen Arbeitsmarkt Studierende ausbilden. Sie will aber auch ein abgerundetes Profil. Was tut sie dafür? Sie hat sich dem Markt gestellt und ein Nischenangebot gesucht und gefunden. Mit dem neuen Angebot für Jugend- und Kinderpsychologie – es gibt nur eine Assistenzstelle in Bern – Rechtspsychologie – hier gibt es kein grosses Angebot – und mit einem Gesundheitscluster, durch den wir in der Zentralschweiz sehr gut positioniert sind mit den Versicherungen Concordia, CSS, Suva sowie der Gesundheits- und Rehabilitationspsychologie im Schweizer Paraplegiker-Zentrum ist das ein hervorragender Standort für diesen Cluster. Es soll keine Konkurrenz zwischen der HSLU und der Universität Luzern sein, wie wir es heute schon öfters gehört haben, sondern ein Miteinander, ein einander Begleiten und das Nutzen von Synergien. Heute wurden widersprüchliche

Aussagen gemacht. Einerseits sei kein Miteinander möglich gewesen. Das stimmt nicht. Die Universität Luzern und die HSLU haben zusammen gesprochen, darum führt die Universität Luzern auch keine Wirtschaftspsychologie ein. Aber man konnte das noch nicht konkretisieren, weil man gar noch nicht so weit ist. Aber das wird kommen, so wie es von Rektor Bruno Staffelbach immer wieder betont wurde. Die Zustimmung in unserem Rat ist sehr gross, und es freut mich sehr, dass wir uns dieser Entwicklung nicht verwehren, sondern die Universität Luzern unterstützen, damit sie stark wird.

Bernhard Steiner: Ich äussere mich zu den Ausführungen zum sogenannten Fachkräftemangel. Wie ist die Situation bei den Ärzten? Man hat einen Joint-Master geschaffen, der mehrere Millionen Franken kostet. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass nun 60 Studierende in einem Hörsaal in Luzern anstelle von Zürich sind. Es wird kein einziger zusätzlicher Student ausgebildet. Zur Psychologie: Ich als Kinderarzt bin sehr involviert in den Mangel von Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Diese fehlen an allen Ecken und Enden. Jetzt schafft man zwar – unter dem Deckmantel der Kinder- und Jugendpsychiatrie – ein Psychologiestudium, aber um klinisch tätig sein zu können, braucht es zusätzlich eine vier- bis fünfjährige Weiterbildung mit eidgenössischem Diplom. Etwa 30 Prozent der Psychologiestudentinnen und -studenten sind bereit, diesen langen Weg zu gehen. Deshalb befürchte ich, dass wir später trotz diesem Grundstudium in Psychologie nicht mehr Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben werden, sondern nur viele Kosten. Zu meinem Postulat, das ich zurückgezogen habe: Ab 1. Juli war die delegierte Psychotherapie von uns Kinderärzten nicht mehr möglich. Das heisst diese Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben keinen Lohn mehr erhalten. Sie hätten ab diesem Zeitpunkt selber abrechnen können, aber im Kanton Luzern waren die Tarifvereinbarungen nicht pfeifenfertig, und so kam es zu massiven Verzögerungen. Darum habe ich mein Postulat eingereicht. In der Zwischenzeit wurde die Angelegenheit erledigt, und darum habe ich mein Postulat zurückgezogen. Ich spreche hier aus der Praxis und nicht aus der Theorie.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich spreche zu fünf Punkten. Zuerst über meine Funktionen, die ich als Bildungs- und Kulturdirektor inne habe: Erstens: Ich bin Präsident des Universitätsrates, aber auch des Konkordatsrates der HSLU, zusammen mit vier Bildungsdirektoren aus der Zentralschweiz und der Volkswirtschaftsdirektorin aus Zug. Weiter bin ich Präsident des PH-Rates. In diesen drei Funktionen habe ich die Aufgabe, jeweils für die einzelnen Schulen zu schauen. Ich habe aber auch die übergeordnete Aufgabe, zum Bildungsplatz Luzern zu schauen und diese drei Schulen aufeinander abzustimmen. Das hört aber nicht bei den tertiären Schulen auf, dazu haben wir seitens der Regierung den Planungsbericht über die Volksschule und die Sek-II-Stufe an Ihren Rat geleitet, also alle vorbereitenden Schulen für diejenigen, die ich jetzt genannt habe. Zweitens zur Angebotsübersicht: Es gibt ein Bundesgesetz über die Psychologieberufe. Die Universität Luzern will einen Bachelor anbieten, der durch das Bundesgesetz vorgegeben wird. Durch diese Bundesvorgaben besteht praktisch kein Handlungsspielraum. Beim weiterführenden Master besteht sehr wohl ein Handlungsspielraum, und die anbietenden Schulen können Schwerpunkte bilden. Die HSLU bietet einen Bachelor in Wirtschaftspsychologie an, aber dieser folgt bewusst nicht dem Bundesgesetz, entsprechend gibt es auch keinen Bachelorabschluss in Psychologie. Allerdings können Bachelorabschliessende der HSLU später an der Universität einen Master beginnen, müssen aber ungefähr ein Jahr zusätzlichen Stoff nachholen. Wir sind dort aber mit einem gewissen Zusatzaufwand durchlässig. Die Universität Luzern folgt genau dem Bundesgesetz über Psychologieberufe, die HSLU macht das bewusst nicht. Drittens zur detaillierten Ausrichtung: Die HSLU bietet Wirtschaftspsychologie an ohne Bachelorabschluss als Psychologin oder Psychologe. Die Forschung und die Weiterbildung sind entsprechend anwendungsorientiert. Die Universität Luzern ihrerseits befasst sich mit Rechts-, Kinder- und Jugend- sowie Gesundheitspsychologie und macht Grundlagenforschung. Entsprechend ist auch die Weiterbildung aufgebaut. Dass es hier gewisse Berührungspunkte gibt, hat mit dem System der Fachhochschulen und der

Universitäten allgemein zu tun. Hier sind die Angebote im Wesentlichen aufeinander abgestimmt. Viertens zur Zusammenarbeit: Hier beginne ich mit einer Aussage von Angelina Spörri. Die Aufforderung zur Zusammenarbeit ist angekommen und klar. Ich nehme das mit und werde mich in meinen drei Funktionen dafür einsetzen, dass diese Absprache funktioniert. In der Rektorenkonferenz stimmen sich die Rektorin und die zwei Rektoren dieser Schulen – es sind übrigens bald zwei Rektorinnen und ein Rektor – gegenseitig ab. Die Departementsvorsteher und die Dekane sprechen die Details ab. Das wird geschehen, sobald dieses Gesetz in Kraft treten kann. Ich werde mich dafür einsetzen. Fünftens zur Finanzierung: Ich wiederhole die Finanzierung für den Aufbau dieser Fakultät. Für die eigentlichen Aufbaukosten für die Fakultät Verhaltenswissenschaften und Psychologie hat die Universität mehrere Mäzene gefunden, insbesondere eine Stiftung, die den grossen Teil übernimmt. Das betrifft aber nur die Aufbaukosten. Im Betrieb finanziert sich die Universität über IUV-Beiträge – das sind quasi Stückkostenbeiträge pro Studierende – aber auch mit Forschungsgeldern und zusätzlich über einen Sockelbeitrag. Eine Universität generiert auch Sockelkosten oder Gemeinkosten. Hier hat der Kanton Luzern den Trägerschaftsbeitrag bereits erhöhen können. Weiter wurden im Zusammenhang mit der Finanzierung die 20 Prozent Eigenkapitallimite angesprochen. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir das auch bei der HSLU und der PH prüfen werden, wenn Sie dieser Erhöhung zustimmen. Aber es ist nicht sinnvoll, Ihrem Rat drei Gesetze parallel vorzulegen. Wir gehen davon aus, dass Sie, wenn Sie dieser Änderung bei der Universität Luzern zustimmen, es auch bei der HSLU und der PH tun werden.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Widmer Reichlin Gisela / Heeb Jonas zu § 36 Abs. 3: Der Universitätsrat errichtet die Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin sowie die Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie. Deren Finanzierung erfolgt durch den Kanton.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Rahel Estermann.

Rahel Estermann: Dieser Antrag lag der EBKK so vor und wurde mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt. Eine Mehrheit der EBKK stützt den vorliegenden Finanzierungsplan, das heisst der Aufbau der Fakultät erfolgt mit privaten Mitteln, die teilweise schon vorliegen, von den Akteuren, die kommen werden. Auf der anderen Seite beteiligt sich der Kanton bei den neu entstehenden Gemeinkosten mit einem höheren Anteil. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen und den Antrag abzulehnen.

Gisela Widmer Reichlin: Ein Teil der Aufbaukosten der neuen Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie konnte bereits durch private Donatoren gesichert werden. Die Kosten für die Aufbauphase, während derer die Studierendenzahlen noch geringer sind, sollten vollständig vom Kanton getragen werden. Damit kann auch die Unabhängigkeit der Universität in Lehre und Forschung bereits im Aufbau gesichert werden. Die im AFP eingestellten Mittel für die Grundfinanzierung begrüsst die SP. Der Aufbau und die Weiterentwicklung einer Fakultät sollten jedoch ebenfalls gesichert sein und als staatliche Grundaufgabe gesehen werden. Die direkte Einflussnahme der Donatoren auf Lehre und Forschung sei nicht gegeben, das könnte zwar beruhigen. Der private Geldfluss könnte jedoch nach Vertragsende abrupt abreißen und die langfristige Entwicklung der neuen Fakultät gefährden. Darum spricht sich die SP in ihrem Antrag für eine staatliche Finanzierung aus und fordert damit eine entsprechende Änderung des Gesetzesentwurfes. Der Bildungsplatz Luzern sollte sich langfristig etablieren können, und dies ohne finanzielle Abhängigkeit zu privaten Donatoren. Mit dem Antrag fordert die SP eine Absicherung der Finanzierung der Fakultäten, insbesondere der Fakultät für Verhaltenswissenschaften und Psychologie. Bildung sollte als staatspolitische Aufgabe gesehen werden, auch der Aufbau und der Betrieb sollen mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

Jonas Heeb: Es ist nichts Neues, dass der Trägerbeitrag des Kantons Luzern für seine Universität schweizweit einer der tiefsten ist. Die Grünen und Jungen Grünen kritisieren diesen Umstand einhergehend mit der strukturellen Unterfinanzierung der Luzerner Hochschulen schon seit Jahren. Mit dem durch Drittmittel finanzierten Aufbau dieser beiden

Fakultäten setzt sich dieser Trend fort, den wir nicht gutheissen können. Die Universität ist dadurch gezwungen, sich verstärkt in ein Geflecht von Abhängigkeiten zu begeben. Einerseits ist man abhängig davon, Donatoren und Donatorinnen zu finden und diese zu behalten, und andererseits verstärkt sich die sowieso schon bestehende Abhängigkeit der Studierendenzahlen, die eine schwankende und somit auch gefährliche Stütze ist. Wir wissen, dass die Finanzierung gesichert ist, darüber sind wir auch froh. Aber es geht ums Prinzip und um Praktiken, die sich immer mehr zur Norm hinbewegen. Diese Norm halten wir für die falsche Form. Wir beobachten deshalb auch zunehmend, wie sich der Kanton aus der Verantwortung nimmt, und wir vermissen ein klares Bekenntnis des Regierungsrates zur Universität Luzern. Die Universität Luzern darf nicht zu einer ausgelagerten Institution werden, die mit Bildungsangeboten gefüllt wird, welche sich aber selber finanzieren müssen. Die Universität besteht in einer Trägerschaft durch den Kanton, und das soll sich auch bei der Finanzierung zeigen, wenn neue Angebote entstehen, erst recht, wenn man als Kanton diese Weiterentwicklung gewissermassen verlangt. Ich komme nochmals auf das Eintretensvotum von Karin Stadelmann zurück. Sie hat erklärt, dass die Mitte das Risiko der Studierendenzahlen, der Kosten der Fakultät und die Abhängigkeit ebenfalls erkennt und beim nächsten AFP genau hinschauen werde. Die Mitte muss nicht bis zur Beratung des AFP damit warten, sondern kann unseren Antrag unterstützen.

Karin Stadelmann: Der Kanton hat und muss ein Interesse haben an der Finanzierung der Universität und an den Ausbildungsgängen. Das hat er aber auch. Er legt das auch offen und unterstützt damit die Bestrebungen der Universität Luzern, das Angebot auszubauen. Wir haben hier eigentlich einen Glücksfall und eine Idealsituation und auch eine Situation, wie sie an vielen Universitäten seit mehreren Jahren praktiziert wird. Es werden Spenden gesprochen, um damit gemeinnützige Entwicklungen, Forschungszweige oder aber auch Ausbildungsangebote zu unterstützen. Die SP und die Jungen Grünen befürchten, dass mit diesem Geld, welches von einer namhaften Stiftung, die übrigens von der Universität Luzern auch offengelegt wird – es ist die Walter-Haefner-Stiftung, dahinter steht eine Person, die sehr viel Karikatives macht, sehr viel spendet, aber eben auch ihre Spenden offenlegt –, nun eine neue Fakultät erbaut werden soll. Dies ist uns allen im Rat bekannt und wurde der Bevölkerung transparent kommuniziert, die Fakten liegen also vor. Man kann sich heute eine Einflussnahme auf Forschung und Entwicklung auch vertraglich absichern lassen. Das ist gang und gäbe in der Forschung. Über jedes eingegebene Projekt wird debattiert, wie und ob es eine Einflussnahme gibt. Die Universität Luzern hat sich das vertraglich absichern lassen: keinen Einfluss auf die Lehre, keinen Einfluss auf die Forschung und auch keinen Einfluss auf Personalentscheidungen. Sie legt dies offen, und sie legt auch offen, was die Donation bedeutet und in welcher Höhe sie erfolgt. Für den Aufbau werden über 7 Millionen Franken gesprochen. Jonas Heeb hat es richtig gesagt, wir haben im Eintretensvotum erklärt, dass wir in Zukunft genau hinschauen werden, wie sich die Studierendenzahlen entwickeln und was das für die Finanzierung bedeutet. Im vorliegenden Antrag geht es aber nicht um die Zukunft, sondern dass in Zukunft keine privaten Donationen für den Aufbau von Projekten, Fakultäten oder aber auch Forschungszweigen gesprochen werden sollen. Das unterstützen wir nicht und lehnen deshalb den Antrag ab.

Gaudenz Zemp: Wie von der EBKK-Präsidentin bereits erklärt, lag der Antrag der Kommission vor und wurde mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt. Es sind keine neuen Argumente hinzugekommen, darum verstehen wir nicht, warum der Antrag hier im Rat nochmals gestellt wird. In der EBKK wurde bereits alles gesagt. Da wir hier keine Kommissionssitzung durchführen möchten, äussern wir uns auch nicht zu diesem Antrag.

Urban Sager: Natürlich ist es schön, dass die Universität Luzern so viel Geld erhält, um eine solche Fakultät aufzubauen. Uns geht es aber um etwas Grundsätzliches: Bildung ist eine Staatsaufgabe, ein Service public und geht uns alle etwas an. Ihnen allen käme es auch nicht in den Sinn, eine Stiftung zu suchen, die einen Kindergarten oder eine Volksschule baut. Auch dafür würden Sie sicher grosszügige Donatorinnen und Donatoren finden. Aber wir sind uns sicher einig darin, dass das nicht die Aufgabe von Privaten ist, sondern vom Staat. Bildung wird aus dem Gemeinwesen finanziert, und genau darum geht es auch bei

dieser Fakultät. Wir wehren uns dagegen, dass bei der tertiären Bildung, bei den Hochschulen immer mehr Private zur Finanzierung beitragen. Das ist eine gefährliche Richtung. Wir bitten Sie deshalb, dass der Kanton die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Wir verfügen über diese Mittel. Der Betrieb der Universität Luzern ist das, was längerfristig kostet, das haben wir auch bei der Wirtschaftsfakultät gesehen. Deshalb ist es richtig, dass dieser im AFP entsprechend eingestellt wird. Aber auch der Aufbau ist eine Staatsaufgabe, stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Aufbaufinanzierung ist gesichert. Die gemachte Aussage, dass diese Gelder während des Aufbaus plötzlich versiegen könnten, ist nicht korrekt. Für den Betrieb ist selbstverständlich der Kanton zuständig. Daran zweifelt niemand. Wir werden immer wieder Spenden erhalten, also private Mittel, um etwas weiterzuentwickeln. Aber im Betrieb sollen das eher kleine Summen sein. Es ist klar, dass die Finanzierung bei den Kantonen oder den Trägern liegt. Diese erfolgt über die IUV-Beiträge, die Forschungsgelder aus öffentlicher Hand sowie über Sockelbeiträge und ist der grösste Teil. Ich bin sehr davon überzeugt, dass man den Aufbau einer Universität privat finanzieren lassen kann. Erstens ist es wie ein Angebotscheck für die Universität. Damit wird sichergestellt, dass die Universität das auch will und braucht, sonst wäre sie gar nicht gewillt, diese Gelder zu suchen. Zweitens ist es eine Art Nachfragecheck, denn wenn jemand bereit ist, den Aufbau zu finanzieren, ist das gleichzeitig ein Bekenntnis dazu, dass jemand an diesem Aufbau interessiert ist. Hier treffen sich Angebot und Nachfrage, und das ist eine sehr nützliche Prüfung, ob wir eine solche Fakultät brauchen. Das gilt übrigens für alle Fakultäten.

Der Rat lehnt den Antrag mit 75 zu 29 Stimmen ab.

Antrag Steiner Bernhard: Ablehnung.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Rahel Estermann.

Rahel Estermann: Der EBKK lag formell kein Ablehnungsantrag vor. Wie gewohnt haben wir in der Kommission aber eine Schlussabstimmung durchgeführt, in welcher man die Vorlage annehmen oder ablehnen kann. Wie in meinem Eintreten bereits erwähnt, hat die EBKK diese Gesetzesänderung mit 9 zu 4 Stimmen angenommen. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Bernhard Steiner: Anders als die Regierung und alle übrigen Parteien in diesem Rat sind wir überzeugt, dass mit der Schaffung dieser beiden neuen Fakultäten der Fachkräftemangel im Bereich der fehlenden Ärzte und der klinischen Psychotherapeuten nicht gelöst werden kann. Wir stellen fest, dass in Luzern eine zunehmende Akademisierung der Bildungspolitik erfolgt. Sie schaffen ein immer breiteres Angebot an Studiengängen, Sie fordern steigende Studierendenzahlen und planen teure Bauten. Das alles muss in Zukunft unterhalten und finanziert werden. Die Universität ist schon jetzt mit einem jährlichen Wachstum der Gesamtkosten von über 5 Prozent konfrontiert. Spätestens dann sollte sich das finanzpolitische Gewissen melden und uns daran erinnern, dass wir mit diesem Kostenwachstum nicht mehr mithalten können. Die stetige Forderung nach finanziellen Ressourcen im Hochschulbereich wird von der akademischen und nichtakademischen Bevölkerung in zunehmendem Mass kritisch aufgenommen. Auch für die SVP hat die Bildungspolitik am Hochschulstandort Luzern das gesunde Augenmass verloren. Sie laufen jetzt Gefahr, dass Sie sich im viel zitierten akademischen Elfenbeinturm der Realität verschliessen und gar nicht bemerken, dass Sie ein Studienangebot schaffen, von dem die breite Mehrheit keinen spürbaren Nutzen haben wird. Aus diesen Gründen lehnen wir die beiden Fakultäten und die Änderungen des Universitätsgesetzes ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen. Mit dieser Gesetzesänderung runden wir die Universität ab. Wir haben jetzt eine humanwissenschaftliche Spezialitätenuniversität, die abgerundet ist. Was jetzt noch fehlen würde, aber bewusst fehlen wird, sind die Künste und die Sprachen. Für Sprachen

gibt es genügend Angebote in der Schweiz. Die Künste bietet die Universität Luzern bewusst nicht an, weil das die Domäne der HSLU auf dem Platz Luzern ist. Also können wir davon ausgehen, dass die humanwissenschaftliche Spezialitätenuniversität jetzt abgerundet ist. Das heisst nicht, dass sie sich nie mehr weiterentwickeln kann, aber sie wird dies jetzt innerhalb dieser Fakultäten tun. Selbstverständlich werden sich die Lehrangebote über die Jahre verändern. Die Universität ist nun in den Bildungsplatz Luzern eingebettet beziehungsweise über die HSLU auch in den Bildungsplatz Zentralschweiz. Sie ist auch richtig in das Bildungssystem Schweiz und Europa eingebettet. Man hat bei der Gestaltung dieser zwei Angebote auch über die Landesgrenze hinaus abgeklärt, wie das Profil genau aussehen muss.

Der Rat lehnt den Antrag mit 89 zu 19 Stimmen ab.

In der Gesamtabstimmung stimmt der Rat den Änderungen des Gesetzes über die universitäre Hochschulbildung (Universitätsgesetz, UniG), wie sie aus der Beratung hervorgegangen sind, mit 88 zu 21 Stimmen zu.